



Suchergebnisse: Wiederaufbereitungsanlage

1970 – Ein roter Fleck im schwarzen CSU-Meer

Burglengenfeld * Hans Schuierer (SPD) wird zum Landrat des damaligen Landkreises Burglengenfeld gewählt. Er folgt auf Walter Haschke, ebenfalls SPD, der das Amt seit 1948 innehat. Schuierer bleibt bis zur bayerischen Gebietsreform 1972 Landrat von Burglengenfeld. Als die Gebietsreform ansteht, gilt Burglengenfeld als roter Fleck im ansonsten von der CSU dominierten Bayern. Der Landkreis soll mit drei weiteren Landkreisen zusammengelegt werden. Nach Schuierers späterer Darstellung verfolgt der neue Gebietszuschnitt auch ein politisches Ziel: Der sozialdemokratische Landrat soll sein Amt verlieren. Der damalige Regierungspräsident der Oberpfalz bestätigt ihm dies Jahre später.

1977 – Die DWK wird gegründet

Bundesrepublik Deutschland * Zwölf Energieversorgungsunternehmen und Kernkraftwerksbetreiber gründen die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK). Sie erhält den Auftrag, eine große Wiederaufbereitungsanlage in der Bundesrepublik zu planen und zu errichten.

30. Oktober 1981 – Eine Bürgerinitiative organisiert den Widerstand

Schwandorf * In Schwandorf gründet sich die „Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage“. Damit beginnt der organisierte Widerstand gegen eine mögliche Wiederaufarbeitungsanlage in der Region.

14. November 1981 – Demonstration gegen eine WAA in der Oberpfalz

Regensburg * Rund 2.000 Menschen demonstrieren in Regensburg gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz.

1982 – Das Ende des Braunkohleabbaus kostet Arbeitsplätze



Wackersdorf * Mit dem Ende des Braunkohleabbaus bei Wackersdorf gehen rund 1.600 Arbeitsplätze verloren. Die Bayerische Staatsregierung, die Gemeinde und die Gewerkschaften betrachten die geplante Wiederaufarbeitungsanlage zunächst als mögliche wirtschaftliche Ersatzperspektive für die Region.

März 1982 – Tausende demonstrieren gegen die WAA

Schwandorf * Rund 15.000 Menschen demonstrieren auf dem Schwandorfer Marktplatz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehört der Zukunftsforscher und Publizist Robert Jungk, Autor des Buches „Der Atom-Staat“.

19. September 1983 – Mehr als 53.000 Einwendungen gegen die WAA

München - Schwandorf * Der Sicherheitsbericht für die erste atomrechtliche Teilgenehmigung liegt vom 19. September bis 18. November 1983 beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in München sowie beim Landratsamt Schwandorf öffentlich aus. Gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage werden 53.017 Einwendungen eingereicht - eine für ein atomrechtliches Verfahren dieser Zeit außergewöhnlich hohe Zahl.

1. Mai 1985 – Der Taxöldener Forst wird Wackersdorf zugeordnet

Wackersdorf * Der überwiegende Teil des bislang gemeindefreien Taxöldener Forstes wird in das Gemeindegebiet von Wackersdorf eingegliedert. Damit liegt auch das für die Wiederaufarbeitungsanlage vorgesehene Gelände künftig größtenteils innerhalb der Gemeindegrenzen.

6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem



Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.
